

Vorhang zu und alle Fragen offen

Zum Ausgang der Wahlen

Bayern hat gewählt. Deutschland hat gewählt. Sieger war in beiden Fällen die Union, in Bayern reichte es für die absolute Mehrheit, im Bund wäre es – zur Überraschung aller – fast eine eigene Kanzlermehrheit geworden. Verlierer gibt es viele. Selten kam es nach einer Wahl zu so vielen Rücktritten. Insbesondere für die Liberalen scheint die Messe gelesen.

„Wir haben zu viele zu oft enttäuscht“, so zitiert die Süddeutsche Zeitung den bayerischen FDP-Spitzenkandidaten Martin Zeil. Die selbstkritische Analyse wird von den meisten Kommentatoren des Wahlergebnisses geteilt. Viele weisen auf den holprigen Start der christlich-liberalen Koalition im Bund hin. Selbst führende FDP-Politiker räumen heute ein, dass der Berliner Koalitionsvertrag im Jahr 2009 schlecht verhandelt und zu hastig abgeschlossen wurde. (Böse Zungen behaupten, Guido Westerwelle habe aufs Tempo gedrückt, um am erstmöglichen Eurogipfel als Außenminister teilnehmen zu können.) Später wurden – vor dem Hintergrund der Finanzkrise – die Steuerentlastungsversprechen („Mehr Netto vom Brutto“) kassiert. Das Führungspersonal blieb farblos und wurde mehrfach ausgetauscht. Am Ende sollte es der Mainzer Veteran Rainer Brüderle richten, der sich kurz vor Beginn der heißen Phase des Wahlkampfes auch noch einen Oberschenkelhalsbruch zuzog. Spätestens da wurde selbst treuen Anhängern klar: Die FDP ist der kranke Mann in dieser Regierung.

Zweitstimmen-Kampagne als Offenbarungseid

Den Rest besorgte die Kanzlerin, auf deren Person die Union ihren Wahlkampf zugeschnitten hatte. Die Zweitstimmen-Kampagne der FDP wirkte zum Schluss wie ein Offenbarungseid. Philipp Rösler's Satz nach der verlorenen Bayernwahl, jetzt gehe es um Deutschland, wo doch jeder ahnte, dass er nur noch das Überleben der FDP im Blick hatte, läutete das Totenglöcklein für die Liberalen ein. Nicht einmal die Hälfte der FDP-Wähler, so sagen die Wahlforscher, habe die Partei aus Überzeugung gewählt. Das ist bitter – auch für den Mittelstand in Deutschland, der einen wichtigen An-



Christian Berger, Vizepräsident der BLZK, analysiert für das BZB den Ausgang der Landtags- und der Bundestagswahl.

Foto: BLZK

sprechpartner in der Politik verloren hat. Ob Christian Lindner es nun richten kann?

Veggie Day statt ökologische Kompetenz

Nicht ganz so tief wie die Liberalen fielen die Grünen. Statt ihre Kernkompetenz in Sachen Ökologie in den Mittelpunkt zu stellen, boten sie dem stauenden Publikum Steuererhöhungen und einen Veggie Day. Hinzu kam die Pädophilie-Debatte, die sogar den grünen Spitzenmann Jürgen Trittin erreichte. Mit dem schlechten Abschneiden von Claudia Roth & Co. scheint das rot-grüne Projekt auf Dauer gescheitert. Eine schwarz-grüne Koalition scheint nicht mehr ausgeschlossen.

Auch die SPD musste ihre Hoffnungen auf eine rot-grüne Regierung am Wahlabend begraben. Ihr Spitzenmann Peer Steinbrück passte nicht zum Programm der Partei, und das Programm der Partei passte den Wählern nicht. Dazu passte dann allerdings Steinbrück's ausgestreckter Mittelfinger auf dem Cover des SZ-Magazins. Acht Tage vor der entscheidenden Bundestagswahl mag sich der Wähler seinen Teil dazu gedacht haben.

Am Ende triumphierte die Kanzlerin. Heribert Prantl schreibt in der Süddeutschen Zeitung: „Mit dieser Wahl wird aus der Regierungszeit Merkel eine Ära – die Ära des Merkelismus, einer Machtpolitik, der man das Machtvolle nicht anmerkt.“ Ihr Erfolg ist vor dem Hintergrund der europäischen Krise mehr als bemerkenswert. Reihum wurden in den Nach-

barländern Regierungen abgewählt, die Deutschen dagegen bestätigten ihre Kanzlerin eindrucksvoll. Merkels Macht in Europa dürfte mit dieser Wahl im selben Maße wachsen wie der Respekt vor einem Stimmenzuwachs von knapp acht Prozent.

Einigkeit in Sachen Steuererhöhungen?

Stellt sich die Frage, wie es weitergeht. Die Medien verkürzen diese Frage zumeist auf Zahlenspiele. Doch: Was zusammengeht, geht noch lange nicht zusammen. Mag sein, dass Merkel für ihre Partei und deren Wähler Programm genug ist. Aber für welche Inhalte wird die neue Regierung stehen? Mit einer neuen grünen Spitze ließe sich die Energiewende meistern, mit der SPD das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ wieder in den Vordergrund rücken, was insbesondere Horst Seehofer gefallen wird. Er sieht sich schon seit Langem als „soziales Gewissen“ der Union. Noch vor der Entscheidung der Sozialdemokraten für Sondierungsgespräche hat die Union eine Anhebung des Spitzensteuersatzes angeboten. Wird die SPD im Gegenzug das Betreuungsgeld, das die CSU durchgesetzt hat, schlucken? Bleiben Steuererhöhungen als kleinster gemeinsamer Nenner in der Politik – man fühlt sich an die Anhebung der Mehrwertsteuer beim Start der letzten großen Koalition erinnert. Ob eine neue Regierung auch die notwendige Reform der Sozialsysteme anpacken wird? Da sind die Schnittmengen zwischen den Parteien gering. So steht zu erwarten, dass weiter nur an Symptomen herumgedoktert wird. Die gute wirtschaftliche Lage hilft dabei, die Probleme auszublenden, die vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung auf uns zukommen. Die Rückkehr zur Rente mit 65 kann da kein zukunftstaugliches Konzept sein.

Welche Partei besetzt das Gesundheitsressort?

Bleibt – neben vielen anderen – die spannende Frage, wie es künftig in der Gesundheitspolitik weitergeht. Mit dem Zahnarzt Dr. Rolf Koschorrek verlor einer der profiliertesten Gesundheitspolitiker der Union sein Mandat. Jens Spahn, der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, hat bereits vor der Bundestagswahl angedeutet, dass er keine Probleme mit dem Umbau des Krankenversicherungssystems hat. Hier wird es im Wesentlichen an der CSU liegen, den Einstieg in eine „Bürgerversicherung light“ zu verhindern. In Max Straubinger hat die Versicherungsbranche, haben aber auch die Heilberufe einen verlässlichen Ansprechpartner im Parlament. Doch auch in der

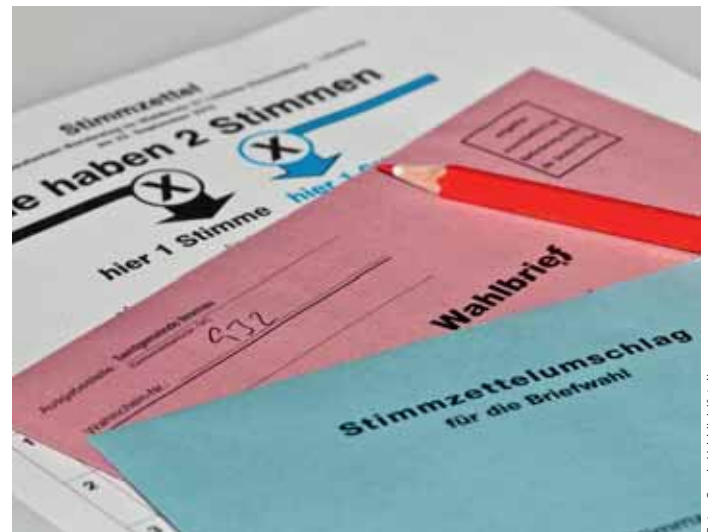


Foto: Carola Vahdielek/fortolia.com

Fehlende Zweitstimmen: Die FDP war einer der Verlierer der Bundestagswahl 2013. Erstmals seit 1949 sind die Liberalen nicht mehr im Deutschen Bundestag vertreten.

CSU gibt es manche, die im bisherigen System der Krankenversicherung eine vermeintliche Gerechtigkeitslücke erkennen. Deshalb wäre es fahrlässig, wenn sich die private Krankenversicherung in Sicherheit wiegen würde. Am Ende könnte der Konsens einer wie auch immer gearteten Koalition in einer Anhebung der Pflichtversicherungsgrenze und/oder Beitragsbemessungsgrenze liegen. Vieles wird davon abhängen, welche Partei künftig das Gesundheitsressort besetzt.

Unabhängig von allen Spekulationen über die künftige Richtung in der Steuer-, Gesundheits- und Sozialpolitik muss leider festgehalten werden, dass Zukunftsfragen im Wahlkampf entweder nicht gestellt oder nicht beantwortet wurden. Das hat mit der Boulevardisierung medialer Berichterstattung, aber auch mit uns Bürgern zu tun. Offenbar geht es den meisten von uns so gut, dass wir ein banales Verhältnis zur Politik pflegen. Oder liegt es daran, dass uns alle irgendwie das Gefühl beschleicht, Veränderungsprozesse würden immer weniger von der Politik angestoßen?

Nils Minkmar hat im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 21. September 2013 die fehlende Struktur, die ungenügende intellektuelle Präzision und die mangelnde philosophische Redlichkeit des öffentlichen Diskurses beklagt. Man muss ihm wohl recht geben – auch was sein Fazit angeht: „Dieser Wahlkampf hat das Thema verfehlt. Nichts als Unterhaltung mit leichtem Grusel.“

Christian Berger
Vizepräsident der BLZK